

## **Prozess gegen Ex-Hebamme: Revision nach Totgeburt in Niedersachsen**

Revision im Fall einer ehemaligen Hebamme: Landgericht Verden verhandelt erneut nach Totgeburt und Versäumnissen bei Hausgeburt.

### **Niedersachsen & Bremen Erneuter Rechtsstreit um die ehemalige Hebamme: Ein Rückblick auf den Fall**

02.08.2024, 11:22 Uhr

Der Fall einer ehemaligen Hebamme aus Niedersachsen, die dafür verurteilt wurde, trotz gravierender Komplikationen eine Hausgeburt fortgesetzt zu haben, wirft viele Fragen auf. Dieses Thema ist nicht nur juristisch interessant, sondern hat auch weitreichende Auswirkungen auf das Vertrauen in die Geburtshilfe und die Rolle von Hebammen im Gesundheitswesen.

### **Komplikationen bei der Hausgeburt**

Die Vorwürfe gegen die 62-jährige Angeklagte drehen sich um eine Hausgeburt im Jahr 2015 in Siedenburg, Landkreis Diepholz. Während des Geburtsverlaufs verschlechterte sich der Zustand sowohl der Mutter als auch des ungeborenen Kindes erheblich. Laut den Gerichten war die Betreuung während der

Geburt unzureichend, und die Eltern wurden nicht adäquat über die damit verbundenen Risiken informiert. Dies führte dazu, dass die Mutter schließlich im Krankenhaus Vechta ein totes Mädchen zur Welt brachte.

## **Der juristische Prozess und seine Wendungen**

Der Fall ist gekennzeichnet durch mehrere Rechtsstreite. Nachdem die Angeklagte bereits zweimal verurteilt wurde, darunter ein Urteil im November 2022 wegen Totschlags durch Unterlassen mit einer Gefängnisstrafe von vier Jahren, ging sie in Revision. Der Bundesgerichtshof entschied, dass der Fall erneut verhandelt werden müsse. Im neuen Verfahren wurde die ehemalige Hebamme wieder schuldig gesprochen; diesmal wegen Körperverletzung mit Todesfolge durch Unterlassen. Das Landgericht Verden verhängte eine Haftstrafe von dreieinhalb Jahren, von denen sechs Monate bereits als vollstreckt gelten.

## **Die Bedeutung des Falls für die Gemeinschaft**

Die Ereignisse um die Hebamme sind für die Gemeinschaft von großer Bedeutung. Sie werfen Fragen über die Sicherheit bei Hausgeburten und die wesentliche Rolle der Hebammen auf. Die Diskussion über die Zulassung von Hebammen und die damit verbundenen Vorschriften könnte eine Neubewertung der Richtlinien zur Geburtshilfe in Deutschland nach sich ziehen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Zulassung der Angeklagten seit 2017 weg ist, wird auch eine breitere Debatte über die Aufsicht und Ausbildung von Hebammen notwendig sein.

## **Addendum zur öffentlichen Wahrnehmung**

Der Prozess hat in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregt, da er nicht nur die individuelle Verantwortung der Hebamme, sondern auch die Strukturen des

Gesundheitssystems hinterfragt. Die Tatsache, dass die Angeklagte trotz der schweren Vorwürfe gegen sie weiterhin in Revision geht, unterstreicht die Komplexität des Falls und die emotionalen Herausforderungen, die für alle Beteiligten bestehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Fall weiterentwickeln wird und welche Lehren die Gesellschaft aus ihm ziehen kann.

In Zeiten, in denen das Thema Geburtshilfe und die damit verbundenen Risiken immer stärker in den Fokus geraten, könnte dieser Fall als Beispiel für notwendige Veränderungen innerhalb des Systems dienen. Die Diskussion über Sicherheit, Aufklärung und verantwortungsvolle Betreuung wird dadurch nur an Brisanz gewinnen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**